

8.7.1917

203

Es werden 18 Stimmen abgegeben, von denen 14 auf Dr. Leopold Blasel, Bezirksvorsteher, II., k. k. Prater 124, und 4 Stimmen auf den Oberlehrer Peter Kirchengast entfallen.

Dr. Leopold Blasel erscheint daher mit Stimmenmehrheit zum Ersatzmann für den Ortschulrat des II. Bezirkes gewählt.

B.-R. Gütther beantragt, den Landesverteidigungsminister, um die Enthebung oder um eine dreimonatige Beurlaubung des eingerückten B.-R. Dr. Leopold Blasel zu ersuchen.

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

B.-R. Rischka klagt über die Belastung der Bezirksräte durch Erhebungen in kleinlichen Fällen, wie über die Einbringlichkeit ganz geringfügiger Verpflegungsgebühren, über die Einbringlichkeit von Strafgeldern bei Benützung der Straßenbahn ohne Fahrchein, und macht auf die zahlreichen mißbräuchlichen Ansuchen um Nachsicht oder Ermäßigung der Hundesteuer aufmerksam.

B.-R. Rischka, sowie die **B.-R. Schlüsselberger** und **Schäpe** verlangen eine wirksame Abstellung dieses Übelstandes, was vom **Vorsitzenden** zugesagt wird.

B.-R. Schlüsselberger berichtet über die Büreaubesprechung, betreffend die Hauslehrerabfuhr durch den städtischen Fuhrwerksbetrieb.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Die Kohlenversorgung Wiens durch die Gemeinde im Jahre 1916.

Magistratsbericht vom 19. Mai 1917, B. W. A., Stelle V, S. 1582:

Die vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner Ende 1914 eingeleitete Aktion zur Versorgung Wiens mit Kohle wurde im Jahre 1916 fortgesetzt.

Es ergaben sich auch in diesem Jahre bedeutende Schwierigkeiten.

Die

oberschlesischen Kohlengruben,

die für die Kohlenversorgung Wiens hauptsächlich maßgebend sind, waren sehr stark für Lieferungen nach Deutschland selbst, aber auch für Lieferungen nach dem Balkan und die neutralen Länder in Anspruch genommen worden, so daß es immer schwieriger wurde, die für Österreich-Ungarn benötigte Kohlenmenge aus Oberschlesien zu beschaffen.

Die Regierung hatte zwar mit dem Deutschen Reich ein Abkommen getroffen, wonach monatlich 815.000 t nach Österreich-Ungarn geliefert werden sollten, eine Menge, die allerdings nur 83 Prozent des Bedarfes von 1913 darstellt.

Diese Lieferung konnte aber umsoweniger den Bedarf decken, als infolge der Kriegsergebnisse die siebenbürgischen Kohlenbergwerke im zweiten Halbjahre für die Deckung des Bedarfes

in Ungarn nicht mehr in Betracht kamen und der Ausfall durch oberschlesische Kohle ersetzt werden mußte.

Gesteigert wurde die ungünstige Lage des Kohlenmarktes gegen Jahresluß noch durch einen außerordentlichen Wagenmangel, der die Lieferungsmböglichkeit der Kohlengruben immer mehr beschränkte.

Die Bekämpfung dieser ungünstigen Verhältnisse, soweit sie überhaupt zu bekämpfen waren, lagen außerhalb des Machtbereiches der Gemeindeverwaltung, weshalb sie sich in dieser Hinsicht an die Staatsverwaltung wenden mußte.

Wegen Vermehrung der Zufuhr aus Oberschlesien trat die Gemeinde Wien schon im August an das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten heran und hat auch in der Folgezeit die Fühlungnahme mit diesem Ministerium und mit der k. k. Nordbahn-Direktion ständig aufrecht erhalten.

Beide Amtsstellen ließen es an Bemühungen, die Kohlenzufuhren aus Oberschlesien zu bessern, nicht fehlen.

Der Bürgermeister suchte dem immer größer werdenden Mangel an Kohle durch persönliche Intervention bei Sr. Exzellenz dem deutschen Botschafter zu begegnen und überreichte diesem am 4. Dezember 1916 eine auf die Kohlenversorgung Wiens bezügliche Denkschrift mit der Bitte, bei seiner Regierung wegen entsprechender

Berücksichtigung Österreichs

vorstellig zu werden.

Wenn trotz aller Anstrengungen der Erfolg den Bemühungen nicht entsprach, so ist dies hauptsächlich auf die ganz

außergewöhnlichen Verhältnisse

zurückzuführen, die durch die lange Dauer des Krieges auf dem gesamten wirtschaftlichen Gebiete geschaffen wurden und die die Lösung aller Schwierigkeiten in erster Linie von der Lösung der Transportfrage abhängig machten.

Außer diesen Bemühungen, die Zufuhr oberschlesischer Kohle zu heben, wurden noch verschiedene Maßregeln teils vorgeschlagen, teils ergriffen, um die Lage des Wiener Kohlenmarktes zu verbessern.

Die

Kohlenvorräte auf dem Nordbahnhofe

waren noch im Juni entsprechend und übertrafen jene des Jahres 1913 um 10- bis 30.000 t. Die Zufuhr blieb jedoch in den folgenden Monaten immer mehr zurück. Die Lage verschlechterte sich insbesondere dadurch, daß aus dem Nordbahnhofe über 30.000 t Kohle per Bahn wieder abgeführt worden waren.

Um ein Abströmen der Kohle von Wien zu verhindern, sah sich die k. k. Nordbahn-Direktion zu der Verfügung genötigt, die Versendung von Kohle aus dem Nordbahnhofe von ihrer Zustimmung abhängig zu machen.

Zur Beseitigung der unerträglichen Zustände bei der Zustellung von Kohle stellten die Großkohlenhändler